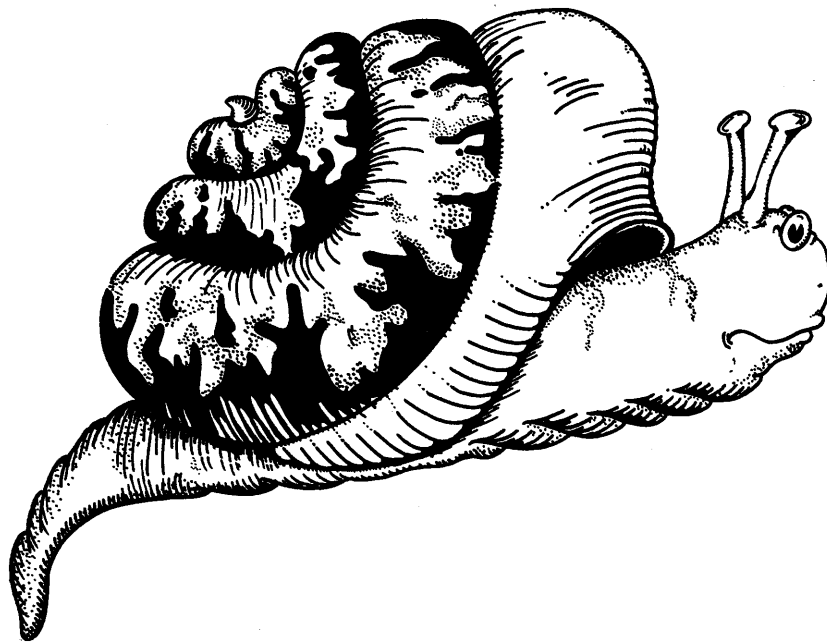


SLH

Materialien zur hochschulpolitischen Arbeit

Schrittmacher für Reformen



Dokumentationen des SLH

Band 4

SOZIALLIBERALER HOCHSCHULVERBAND

Vorwort

Die Autoren legen mit den „Materialien zur hochschulpolitischen Arbeit“ Informationen, Dokumente und Stellungnahmen zu sieben verschiedenen Themen vor, die allesamt im Brennpunkt der politischen Auseinandersetzungen an der Hochschule stehen.

Die Materialien sind so ausgewählt, daß sie in einer Einführung jeweils über die gesamte Problematik möglichst objektiv informieren wollen, dann aber den Leser durch ausgewählte Dokumente und Stellungnahmen mit der ganzen Spannweite der verschiedenen Meinungen konfrontieren. Schließlich ist für den näher Interessierten zu jedem Thema eine ausführliche Literaturliste beigelegt, die den Zugang zu weiteren Informationen eröffnet. Alle Stellungnahmen des SLH zu Themen in diesem Heft, die bereits in den „Dokumenten des SLH, Band 3, Grundsatzbeschlüsse“ abgedruckt waren, sind hier nicht noch einmal aufgeführt, auf die Beiträge wird jeweils verwiesen.

Bonn, im Oktober 1974

Torsten Arp
Viktor Jereczek

INHALT

Vorwort	2
1 Der Sozialliberale Hochschulverband (SLH)	5
1.1 Geschichte des SLH	5
1.2 Organisation des SLH	5
1.3 Satzung des SLH	6
1.4 Literatur	9
 Einzelprobleme der Hochschulpolitik	
2 Hochschulrahmengesetz (HRG)	10
2.1 Entwicklung und Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Hochschulrahmengesetz	10
2.2 Was bringt uns das Hochschulrahmengesetz?	11
2.3 Der Staat – Bremsen oder Motor?	17
2.4 Bundeseinheitlichkeit im Hochschulwesen verspielt? (HPI-Interview mit Dr. Carl-Christoph Schweitzer, SPD-MdB)	17
2.5 Die Chancen des Hochschulrahmengesetzes (Leserbrief an die FAZ von Dr. Georg Gölter, CDU-MdB)	19
2.6 Welche Maus hängt der Katze eine Schelle um? (Rede des WRK-Präsidenten Dr. Gerd Roelecke)	29
2.7 Literatur	25
3 Verfasste Studentenschaft	26
3.1 Geschichte der verfassten Studentenschaft	26
3.2 Argumente für eine verfasste Studentenschaft	31
3.3 Die Rechtsnatur der verfassten Studentenschaft	32
3.4 Die Organisation der verfassten Studentenschaft	34
3.5 Auszug aus einer Stellungnahme der Deutschen Studentenschaft zu dem Entwurf einer Verordnung zur Bildung von Studentenschaften vom 1.6.20	37
3.6 Verordnung über die Bildung von Studentenschaften an den preußischen Hochschulen vom 18.9.20	38
3.7 Auszug aus der Verordnung über die Bildung von Studentenschaften an den preußischen Hochschulen vom 23.9.27	40
3.8 Gesetz über die Bildung von Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen vom 22.4.33	41
3.9 Preußische Studentenrechtsverordnung vom 12.4.33	41
3.10 Auszüge aus Hochschulgesetzen nach 1965	43
3.11 Literatur	52
4 Politisches Mandat der verfassten Studentenschaft	53
4.1 Ableitung des politischen Mandats	53
4.2 Stellungnahme des Hessischen Kultusministers zur Wahrnehmung eines allgemein- politischen Mandats durch die Studentenschaften an den hessischen Hochschulen	54
4.3 Ist ein Flugblatt mit dem DGB erlaubt? (FR vom 3.8.74)	55
4.4 Ein Schlag gegen den VDS (Kommentar von Günther Deschner, Welt vom 29.6.74)	56
4.5 Literatur	57
5 Verband Deutscher Studentenschaften (VDS)	57
5.1 Was ist der VDS?	57
5.2 VDS Mitgliederversammlung 1974	60
5.3 Stellungnahme des SLH zum beschlossenen Aktionsprogramm	64
5.4 Perspektive des VDS: Ein Jahr internen Knatsch!	65

5 DER VERBAND DEUTSCHER STUDENTENSCHAFT

5.1 Was ist der VDS?

Der VDS wurde am 30. Januar 1949 in Marburg von Vertretern der Allgemeine Studentenausschüsse (ASTa) der westdeutschen und West-Berliner Universitäten und Hochschulen gegründet.

Vorausgegangen waren erfolglose Bemühungen, die mitteldeutschen Studentenschaften in den Verband mit einzubeziehen. Spätere Bemühungen um die Erreichung dieses Zieles scheiterten an der Haltung der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem Jugendverband der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

Bis zur 20. ordentlichen Mitgliederversammlung (oMV) des VDS im März 1968 in München verstand sich der VDS als Repräsentant einer pluralistisch strukturierten Studentenschaft und vertrat die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder (der ASTa als Zwangskörperschaften der Studenten).

Auf der 20. oMV in München hat sich der VDS zu einem „sozialistischen Kampfverband“ entwickelt, der die pluralistische Struktur unserer Gesellschaft leugnet und die „subjektiven Interessen einer Minderheit zu den objektiven Interessen der Mehrheit“ erklärte. Diese Entwicklung sei historisch kurz dargestellt:

Dem VDS gehörten bis zur 20. oMV in München im Jahre 1968 fast alle Studentenschaften an, die als zwangsverfaßte Organisation ca. 300.000 Studenten repräsentierte. Die Mitgliedschaft wurde nach der Satzung des VDS vom 1. April 1966 geregelt. Seiner Rechtskonstruktion nach ist der VDS ein rechtsfähiger Verein im

Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Die Chronik der Forderungen und Aktionen des VDS ist auf vielen Gebieten das Abbild der Versäumnisse der offiziellen Bundes- und Landespolitik. Ein Vergleich der studentischen Forderungen der letzten neun Jahre mit den bis heute eingetretenen Wandlungen in der Hochschulpolitik zeigt aber auch die durch die Anstrengungen aller Beteiligten inzwischen erzielten Fortschritte; wenngleich die Urheber der Reformgedanken von 1960 ihre damaligen Forderungen heute als nicht mehr zeitgerecht betrachten.

Auf dem vom VDS veranstalteten VI. Deutschen Studententag 1960 in Berlin stand im Mittelpunkt der Erörterungen die Überwindung der Isolierung der Hochschule von der sie tragenden Gesellschaft. Das Thema, heute noch so aktuell wie damals in bezug auf das politische Mandat der Zwangskörperschaft der Studenten und den Wissenschaftsbegriff der Hochschulen, lautete „Abschied vom Elfenbeinturm“.

Auf dem VII. Deutschen Studententag in Bochum 1963 wurden die studentischen Vorschläge zur Gründung neuer wissenschaftlicher Hochschulen vorgelegt und die inzwischen längst als unzureichend erkannte Forderung nach Gründung von zehn neuen Hochschulen erhoben.

Der VIII. Deutsche Studententag 1965 wurde unter dem Eindruck der von *G. Picht*, *F. Eddling* und *Hildegard Hamm-Brücher* als „Bildungskatastrophe“ bezeichneten Misere des westdeutschen Bildungswesens und des Immobilismus in Sachen Hochschulreform unter das Thema gestellt „Was ist dem Staat der Nachwuchs wert?“.

Im Mittelpunkt der Beratungen und Entschliessungen standen Sofortmaßnahmen zur Verwirklichung der Chancengleichheit im Bildungswesen (Bildungswerbung-Aktion 1. Juli 1965), die Verbesserung der Ausbildungsförderung, die staatliche Unterstützung der studentischen Jugend und die wirtschaftliche Selbsthilfe der Studierenden.

Auf den einzelnen oMV des VDS (z.B. der 14. oMV in München 1962, der 16. oMV in Frankfurt 1964, der 17. oMV in Mainz 1965 und der 20. oMV in München 1968) standen folgende Themen aus dem Bereich des Bildungs- und Hochschulwesens im Zentrum der Beratungen und Forderungen.

- Vereinheitlichung der zersplitterten Ausbildungsförderung durch Verabschiedung eines „Ausbildungsförderungsgesetzes“, welches sämtliche einzelnen Förderungsmaßnahmen im gesamten Ausbildungswesen in seine Kodifikation einschließt;
- Ausdehnung der Stipendienvergabe nach dem Honnefer Modell auf mehr Studierende und Anpassung der Stipendienhöhe an die gestiegenen Lebenshaltungs- und Studienkosten;
- Verbesserung der Gesundheitsfürsorge und des Versicherungsschutzes der Studierenden;
- Ablehnung des „Numerus clausus“ und Herabsetzung der Studiendauer durch umfassende Studien- und Hochschulreform;
- Beteiligung der Studentenschaft an der Hochschulselbstverwaltung;
- Förderung aller Begabungen und Ausschöpfung der Begabungsreserven durch Bildungswerbung und durch beschleunigte Erweiterung der Bildungskapazitäten;
- Intensivierung des Wohnheimprogramms für Studenten;
- Veränderungen der Prüfungsordnungen, insbesondere bei den Zwischenprüfungen etc.

Bei allen diesen Forderungen und Maßnahmen konnte der VDS stets damit rechnen, daß die grobe Mehrheit der deutschen Studenten seine Stellungnahme unterstützte und sich aktiv an ihrer Verwirklichung beteiligte.

Seit der 20. oMV des VDS 1968 in München wurde offenkundig, daß eine Mehrheit der Studentenvertreter nicht mehr bereit war, diejenigen Prinzipien zu respektieren, die bis zu diesem Zeitpunkt Grundlage ihrer Arbeit waren und dem VDS als dem Sprecher aller westdeutschen und West-Berliner Studenten Geschlossenheit und Gewicht verliehen.

Einige dieser Prinzipien waren:

- Der Verzicht auf Stellungnahmen und Beschlüsse zu allgemein-politischen Themen, die wegen ihrer Brisanz und Problematik keine einmütige Beurteilung zulassen und daher auch nicht mit einer breiten Zustimmung in der Studentenschaft rechnen konnten, zumal diesen Anträgen keine Diskussion unter den Studenten an den einzelnen Hochschulen vorausgegangen war. (Z.B. die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR, die Verurteilung der USA und ihrer Verbündeten als Verbrecher wegen Völkermordes in Vietnam, die Aufforderung an Bundespräsident Lübke, seinen Rücktritt zu erklären, die Aufforderung,

Widerstand gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu leisten, da diese die gesetzlichen Voraussetzungen schafften, einer Demokratisierung der Gesellschaft mit einem „faschistischen Staatsstreich“ entgegenzuwirken).

- Die tolerante Beachtung des Widerspruchs von Minderheiten. (Z.B. wurden mit Geschäftsordnungs(GO)-Manipulationen auf der 20. oMV in München 1968 und der 21. oMV in Köln 1969 Anträge von gemäßigten Studentenvertretern nicht behandelt).
- Die strikte Wahrung der Neutralität in weltanschaulichen Fragen.

Die Folge der Mißachtung dieser Grundsätze war der Austritt von einigen Hochschulen aus dem VDS. Die Verletzung dieser Prinzipien wurde auf der 21. oMV in Köln im März 1969 fortgesetzt, auf der hauptsächlich über eine neue Satzung und eine „sozialistische“ Struktur des VDS diskutiert wurde.

Was in Praxis bereits seit einem Jahr feststand, wurde jetzt endgültig bestätigt. Der VDS verstand sich nicht mehr als Sprecher aller Studenten, sondern als Vorkämpfer des linksextremen Flügels der Studentenschaft, des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und der Außerparlamentarischen Opposition (APO).

Mehr als zwei Drittel der in Köln versammelten studentischen Delegierten bekannten sich im Grundsatz zur Ideologie und Politik des SDS und billigten die Umbildung des VDS in einen „sozialistischen Kampfverband“ und seine Einreihung in die APO.

Dementsprechend war es das Ziel der Delegierten, die organisatorischen und finanziellen Mittel, die dem VDS zur Vertretung *aller* Studenten an deutschen Hochschulen zur Verfügung standen, in Zukunft für die Interessen von SDS und APO zu verwenden, die den VDS als Avantgarde der angestrebten Revolution ansahen und mit allen Mitteln gegen die „spätkapitalistische“ Gesellschaftsordnung Widerstand leisten wollten. Der weitere Gebrauch des Namens „Verband Deutscher Studentenschaften“ für diesen marxistisch-leninistisch orientierten „sozialistischen Kampfverband“ hatte nur den Zweck, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als stünden alle westdeutschen und West-Berliner Studenten geschlossen hinter den revolutionären Parolen des SDS und der APO, die zum neuen Programm des VDS erklärt worden waren.

Zur Erreichung ihrer totalitären Ziele war den linksextremen Studentenvertretern jedes Mittel recht:

- Obwohl weder auf der 19. und 20. oMV, noch bei Diskussionen in den einzelnen Hochschulen Einigkeit über Aufgabe und Zielsetzung studentischer Interessenvertretung erzielt werden konnte, wurde auf der 21. oMV in Köln eine „räte-demokratische“ Umformung der Verbandsstruktur des VDS vorgenommen und eine die Pluralität kaum berücksichtigende neue Satzung vorgeschlagen.
- Diskussionsbeiträge oppositioneller Studentenvertreter konnten, wenn überhaupt, fast nie ohne Behinderung und gezielte Störung vorgebracht werden.
- Eine Diskussion der vorgelegten Anträge in den einzelnen Studentenschaften war durch die verspätete Veröffentlichung unmöglich gemacht worden.
- Anträge oppositioneller AStA innerhalb des VDS wurden zumeist überhaupt nicht behandelt bzw. ohne Berücksichtigung der Argumente der Antragsteller rundweg abgelehnt.

Damit hatte sich erwiesen, daß gerade die sogenannten „linken“ Gruppen, die sich nach außen als Hüter der Demokratie, als Wortführer gegen Manipulation und autoritäres Verhalten aufspielten, in Wirklichkeit nicht gewillt waren, diese Forderungen als Maßstab für ihr eigenes „politisches“ Handeln anzuerkennen.

Die vom SDS initiierte Entwicklung im VDS führte dazu, daß während und nach der 21. oMV in Köln weitere Studentenschaften ihren Austritt aus dem VDS vollzogen und einen „Initiativausschuß Deutscher Studenten“ (IDS) gründeten, der auf der Grundlage einer hochschulbezogenen Interessenvertretung die ursprüngliche Arbeit des VDS (siehe 7.1.2) fortsetzen wollte und sich als Vorstufe zu einem neuen studentischen Gesamtverband verstand.

Eine weitere Folge dieser 21. oMV war die Streichung nahezu sämtlicher Subventionen der Bundesregierung für den VDS in Höhe von 800.000 DM jährlich (mehr als die Hälfte des VDS-Jahresetats).

Diese Gründe und die Unfähigkeit der 21. oMV, einen neuen VDS-Vorstand zu wählen (der SDS wollte den gesamten Vorstand stellen), machten es notwendig, auch die endgültige Verabschiedung der neuen Satzung und des neuen Strukturmodells auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung (aoMV) vorzunehmen, die vom 28. bis 31. Mai 1969 in Göttingen stattfand.

In Göttingen konnte sich der SDS dann endgültig durchsetzen:

- Der neugewählte VDS-Vorstand bestand ausschließlich aus SDS-Mitgliedern.
- Die neue Satzung wurde auf der Grundlage des in Köln vorgelegten Strukturmodells verabschiedet, das den VDS als ein Instrument zur Vorbereitung der „sozialistischen Revolution“ verstand.

Nach diesem Erfolg des SDS auf der aöMV in Göttingen gab es keinen Dachverband aller westdeutschen und West-Berliner Studenten mehr, denn die Machtkämpfe und der desolate Zustand des SDS wurden jetzt auf den VDS übertragen. Für den SDS/VDS hatte eine repräsentative Studentenpolitik keinen Sinn. Dem VDS ging es nur noch darum, die „sozialrevolutionäre Befreiung der hochindustrialisierten Metropolen von Herrschaft, Zwangsgewalt und Entfremdung, unabhängig von veralteten Machtkampfstrategien der klassischen Arbeiterbewegung, voranzutreiben“. Der SDS/VDS wurde so eine Institution und ein Instrument nicht nur der „sozialistischen“ außerparlamentarischen Opposition, sondern ein Instrument *für* sie.

Das bedeutete, dass die Institutionen des VDS konsequent aus den bisherigen Verflechtungen mit parlamentarisch-repräsentativ organisierten Verbänden in der BRD und West-Berlin herausgelöst wurden und die bisher nur verbal betriebene Verweigerung auch in die Praxis übergeführt wurde. Die Institutionen des VDS wurden gleichzeitig an den neu artikulierten Bedürfnissen der „sozialistischen“ außerparlamentarischen Opposition orientiert und in Schaltstellen zur Koordination von militanten Aktionen umgewandelt.

Die Aufgabe des VDS konnte also in Zukunft nicht mehr sein, Hochschulreformen zu fördern, sondern im Gegenteil, diese auf das heftigste zu bekämpfen, was unter anderem in den Prinzipien des VDS für die Arbeit seiner Universitäts-Neugründungsbeauftragten zum Ausdruck kam.

Ein erster Schritt in diese Richtung war die drastische Verkleinerung der VDS-Geschäftsstelle von bisher 30 auf 4 Angestellte und deren Verlegung nach Frankfurt, um nicht in die Versuchung zu geraten, parlamentarische Vertretungsformen zu praktizieren. Die neue Struktur des VDS sollte sicherstellen, dass in Zukunft nicht mehr allein durch Wahl legitimierte Mehrheiten die Politik und die daraus abzuleitenden Aktionen bestimmten, sondern diejenigen Gruppen, die in revolutionärer Praxis „sozialistisches Bewusstsein“ erworben hatten.

Um die nahezu notwendige Politisierung im „sozialistischen“ Sinne über den Bereich der traditionell mobilisierten Fakultäten der Hochschulen – Philosophische und Soziologische Fächer – auf die gesamte Hochschule auszudehnen, sollte sich die zukünftige projektbezogene Arbeit des VDS auf zwei Ebenen organisieren:

1. Systematisierung der Ansätze der Diskussion um Berufsperspektiven in den bereits mobilisierten Fakultäten sowie die Organisation bereits existierender Projekte.
2. Einleiten einer umfassenden sozialistischen Politisierung der Ausbildungs- und Forschungsbereiche, in denen sich die Hochschulrevolte erst entwickelt, und die vor allem für den Produktionsprozess relevant sind.

Der Vorstand 1974/75 besteht aus Peter Löwen (SHB Marburg), Klaus Fischer (Spartakus München), Heinz-Hermann Storch Saarbrücken und Dieter Eitel (JUSO-Hochschulgruppe Hohenheim). Im Zentralrat sind vertreten 9 SHB/Spartakus-Mitglieder, 6 JUSO-Hochschulgruppen, 4 von der Kommunistischen Fraktion und 3 Koalitions-ASten aus SHB, Spartakus, JUSOS und LHV.

5.2 VDS-Mitgliederversammlung 1974

1.1 Kräfteverhältnisse auf der abgebrochenen MV

MSB/SHB/LHV (davon 2 allein, sonst in Koalition)	230
K-Gruppen (KBW, KHG, KSG)	62
Münchener Rote Zellen (AK)	44
Juso-Hochschulgruppen	86
Liberale (SLH, RCDS, Unabh.)	57
Dauerenthalter (gleichberechtigte Koalition aus Jusos und MSB/SHB/LHV)	23
	502

1.2 Das Kräfteverhältnis auf dem 2. Teil der VDS-MV

MSB-Spartakus/SHB	190 Stimmen
Juso-Hochschulgruppen	100 Stimmen
Libérale ASten (SLH, RCDS, Unabhängige)	70 Stimmen
Kommunistische Fraktion	30 Stimmen
Rote Zellen München, SHI Frankfurt	40 Stimmen
Dauerenthaler (aufgrund gleichberechtigter Koalition rivalisierender Gruppen)	25 Stimmen
LHV	2 Stimmen

Die Veränderungen gegenüber März:

Uni Bonn, Uni Göttingen und Uni Dortmund durften nach Beschlüssen der örtlichen Studentenparlamente nicht abstimmen.

Uni Karlsruhe: Der AStA wird nach den SP-Wahlen jetzt von SLH und RCDS gestellt.

Uni Erlangen wird jetzt von den Juso-Hochschulgruppen vertreten.

2. Einschätzung der einzelnen Gruppen

2.1 MSB/SHB

Diese Gruppen versuchen natürlich, im VDS weiterhin die von ihnen entwickelte Politik der gewerkschaftlichen Orientierung durchzusetzen. Sie sind aber wegen des Trends an den Hochschulen natürlich bereit, weitgehende Zugeständnisse in der Politik zu machen, wenn gewährleistet bleibt, daß der VDS auch weiterhin mit einer Stimme spricht.

Ihr Anteil auf der MV ist auf unter 50 % gesunken, ein großer Teil der Stimmen stammt von GEW-ASten wie Tübingen und Freiburg, die immer mit dem Spartakus gestimmt haben.

Der SHB, der von der Auszehrung bedroht ist, zeigte sich auch dementsprechend:

Es gibt bei ihm nur noch 2 bis 3 gute Redner, der Rest ist in der Versenkung verschwunden. Man sah auch kein neues Gesicht, außer dem Mainzer AStA-Vorsitzenden Christ, der aber wohl auch nicht zu den großen Leuchten zählt. Der SHB hat große Aderlässe hinter sich; die Gruppen PH Münster, Osnabrück, Erlangen, Schleswig-Holstein, TU Braunschweig und TU Clausthal sind zu den Juso-Hochschulgruppen übergelaufen.

Das Personalreservoir beim Spartakus ist da erheblich besser ausgestattet, obwohl auch dort kein neues Gesicht zu sehen war. Bis zur Fortsetzung der MV wird der Spartakus-Block noch 40–60 Stimmen verlieren, denn es gehen bis dahin verloren: die Uni Karlsruhe (11 Stimmen an Liberale), die TU München (12 Stimmen an AK-Fraktion), die Uni Bonn (16 Stimmen an liberal beherrschte Parlamentsdelegationen oder an „Dauerenthaler“) und u.U. noch die Uni Münster (17 Stimmen, der dortige SHB geht vielleicht zu den Jusos).

2.2 LHV

Der LHV gab bei seinen Beiträgen entweder zum Gähnen oder zur Erheiterung Anlaß. Obwohl er formell mit einem eigenen Aktionsprogramm inkl. Hauptresolution antrat, war doch klar, daß er im Endeffekt die Spartakus-Position stützte und auch hauptsächlich wegen der personellen Beteiligung überhaupt nur mitkämpfte. Inhaltlich vertrat er, wie er das selbst ausdrückte, eine liberale Position, die aber als „Zusammenfassen der verschiedenen linken Positionen“ definiert wurde.

2.3 Juso-Hochschulgruppen

Die Juso-Hochschulgruppen wurden in den Zeitungen immer als diejenigen dargestellt, die die echten sozialdemokratischen Positionen gegen den Spartakus im VDS durchsetzen wollen. Dazu ist jedoch zu sagen, daß die Juso-Hochschulgruppen in ihrer Mehrheit eine antireformistische Position innerhalb der Jungsozialisten bezogen haben und damit vom gewöhnlichen Verständnis von Sozialdemokratie noch weiter entfernt ist als die Stamokap-Theorie.

Kernsätze dieses Teils der Juso-Hochschulgruppen: „Der Kern der bürgerlichen Demokratie ist immer die Gewalt“ und „Schwerpunkt unserer Strategie ist es, darauf hinzuweisen, daß grundlegende Reformen im Kapitalismus unmöglich sind.“ Es gibt neben diesen Gruppen noch einige, die dem Trotzismus anhängen und einige, die die Positionen des bisherigen Juso-Bundesvorstandes vertreten. Hauptkennzeichen der Juso-Hochschulgruppen sind Antireformismus und ein Betonen des spontanistischen Moments, womit sie den Frankfurterern nahestehen. Es wurde also immer wieder erklärt, die Studentenbewegung dürfe sich nicht weiter in von oben nach unten dirigierte Kampagnen des VDS-Vorstandes manifestieren, sondern die Hauptaufgabe des VDS sei die Unterstützung von Basismobilisierung etc. Der andere Punkt war der, daß für den VDS ein linker Pluralismus gefordert wurde, der natürlich die liberalen und konservativen Gruppen ausschloß.

Erkennbares Ziel der Jusos war, mindestens die Parität im VDS-Vorstand zu erreichen, um eben zu verhindern, daß die/der Juso-Vertreter im VDS-Vorstand wieder ohne Einfluß auf die offizielle Politik des VDS bleiben.

2.4 K-Gruppen

Die Kommunistische Fraktion im VDS stellte natürlich nicht die einzigen Kommunisten auf dieser MV; trotzdem nannte sie sich in etwas überheblichem Alleinvertretungsanspruch so. Diese hauptsächlich vom Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) gestellte Fraktion, hervorgegangen aus der Heidelberger KHG-NRF (Kommunistische Hochschulgruppe – Neues Rotes Forum), hat im letzten Jahr noch einmal abgewrackt und wird wohl eine immer geringere Rolle spielen, nachdem die Hochburgen Heidelberg und Freiburg verloren sind.

Ihr Hauptbeitrag auf der MV war immer wieder, den Kampf zwischen Reformismus und Revisionismus zu geißeln und zum wahren Kommunismus aufzurufen. Garant für Heiterkeit war immer die Bezeichnung der DKP als bürgerliche Partei!

2.5 AK-Fraktion

Die Münchner sind jedesmal, vor allem in der Person ihres Hauptredners Dr. Herbert Ludwig Fertl, die große Publikumsattraktion. Da die Münchner wohl die Schriften von Marx am besten gelesen haben und auch wirklich fähige Köpfe sind, gehen die meisten derer, die da in Fertls Reden angesprochen werden, mit gesenktem Haupt davon, weil sie kräftig Prügel bezogen haben. Die Münchner stellen den Anspruch, wissenschaftlich begründete Politik zu machen und befassen sich daher hauptsächlich mit der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft. Praktische Politik kommt dabei leider zu kurz, aber immer viel Papier und oft sehr erheiterndes.

Da sie im VDS keine Mehrheit haben und so schnell auch keine bekommen werden (obwohl der AK-Bazillus in Siegen und Bonn schon stark verbreitet ist), ist ihr Interesse am VDS naturgemäß nur das, möglichst günstige Arbeitsbedingungen für die eigene Politik im VDS zu erhalten. In dieser Funktionsbestimmung des VDS wissen sie sich mit den Jusos einig und deshalb stützen sie auch diese Gruppe, obwohl sie sonst nichts von ihr halten.

2.6 SLH und RCDS

SLH und RCDS hatten sich in den von ihnen gemeinsam getragenen ASTen darauf geeinigt, mit Anträgen zu den anstehenden Problemen dem VDS diese Themen aufzuzwingen. Dazu kam es wegen des Verlaufs der MV jedoch nicht.

In seinen Diskussionsbeiträgen hatte der SLH immer erklärt, er sei zur konstruktiven Mitarbeit im VDS bereit, was er durch die 30 Anträge ja auch dokumentiert hat, die hauptsächlich in Bochum ausgearbeitet worden sind. Leider hat der RCDS vor allem durch seinen Bundesvorsitzenden Langguth diese taktische Route verlassen und immer wieder den VDS statt den Spartakus SHB-Block frontal angegriffen. Es muß daher vor der Fortsetzung der MV am 26. April 74 noch zu neuen Absprachen mit dem RCDS-Bundesvorstand kommen, um wieder eine gemeinsame Marschroute festzulegen.

3. Verlauf der MV

3.1 Auseinandersetzung um die Stimmführung Frankfurts

Bei der Bildung des Frankfurter ASuA aus SHI, MSB und SHB war in einem Koalitionspapier vereinbart

worden, daß bei der Vertretung im VDS die Stimmabgabe Frankfurts an die Einstimmigkeit des AStA-Vorstandes gebunden sei, in dem neben zwei SHH-Leuten ein SHB-Mann sitzt. Auf der MV wollte sich der AStA-Vorsitzende Michael Krawinkel (SHH) nicht mehr an die Vereinbarung halten und beanspruchte sein satzungsgemäßes Außenvertretungsrecht. Der VDS-Vorstand hatte das Koalitionspapier als Beschränkung des Vertretungsrechts des AStA-Vorsitzenden im Sinne des Statuts des VDS interpretiert und wollte daher die Stimmkarten nicht an Krawinkel austeilen. Hintergrund waren natürlich die knappen Mehrheitsverhältnisse auf der MV, die es dem Spartakus besser erscheinen ließen, die 16 Stimmen Frankfurts nur als Dauerenthaltungen zuzulassen. – Nach 9stündiger Debatte stimmte die MV schließlich einem Antrag des AStA Uni Bochum zu, in dem es sinngemäß hieß: „Der VDS-Vorstand wird aufgefordert, die Stimmkarten der Universität Frankfurt dem AStA-Vorsitzenden der Uni, wie es die Satzungen von VDS und Frankfurter Studentenschaft vorschreiben, auszuhändigen. Dies bedeutet keine Übereinstimmung der MV mit den Praktiken des Frankfurter AStA-Vorsitzenden, was das Einhalten von Koalitionsvereinbarungen betrifft“. Dieser Antrag wurde mit knapper Mehrheit angenommen.

3.2 Wahl des Tagungspräsidiums

Der Tradition entsprechend werden bei diesem Tagesordnungspunkt immer harte Auseinandersetzungen geführt. Trotzdem bedeutete es einen neuen Rekord, als das Präsidium erst am Abend des 2. Tages gewählt war.

Es wurde kein Vertreter der liberalen ASten in das Präsidium gewählt.

3.3 Rechenschaftsbericht des Vorstandes

Es gab dieses Jahr, wie schon 1972 zwei Rechenschaftsberichte: der eine von der Spartakus/SHB-Mehrheit und der andere von den beiden Jusos Ottmar Schreiner (Vorstand) und Wolfgang Uellenberg (Referent).

Der SLH wies in seinen Stellungnahmen vor allem darauf hin, daß der VDS-Vorstand trotz seiner sagenhaften personellen Ausstattung (19 full-time-Leute) im Wintersemester keine anderen Aktivitäten außer dem Sozialkampf durchgeführt habe. (Reinhard Pfeifer, Spartakus, VDS-Vorstand: Wir sind davon ausgegangen, daß durch die BAFÖG-Kampagne der Kampfeswillen der Studenten auch für andere Bereiche dokumentiert werden kann.)

Endergebnis der Debatte: Die Abstimmung über die Entlastung des Vorstandes:

Gerhard Kiehm, Reinhard Pfeifer, Harald Stappmanns und Peter Wahl wurden mit 231 Ja, 233 Nein und 28 Enthaltungen nicht entlastet. Ottmar Schreiners Entlastung stimmten nur 130 zu, 271 dagegen – bei 89 Enthaltungen.

3.4 Die Debatte um ein Aktionsprogramm

Tagsüber wurde heiß debattiert, nachts verhandelt und am Tage wurden die Diskussionen der Nacht coram publico mit denselben Argumenten noch einmal vorgeführt. Eine Einigung wurde aber nicht erzielt, obwohl der MSB Kompromispapier auf Kompromispapier vorlegte, wobei das letzte Papier solche Aufopferung gewesen sein muß, daß sie es nicht einmal der Öffentlichkeit bekanntgeben wollten, bevor die Einigung zustande kam! Es scheint im Nachhinein klar zu sein, daß die Jusos keine Einigung wollten, weil sie von Anfang an ihre „Denkpause“ durchsetzen wollten. Am Montagmorgen suchten die Jusos auch beim SLH um Unterstützung für ihren Antrag auf Vertagung. Der SLH hat dieses Ansinnen abgelehnt und dann den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung, d.h. der Behandlung der Einzelanträge, gestellt. Dieser Antrag wurde von allen Gruppen außer dem SLH abgelehnt.

Der SLH hat erst am Abend einer Vertagung zugestimmt, als nämlich die Münchner angekündigt hatten, sie würden demnächst abreisen. Durch diese Abreise hätten Spartakus und SHB eine Mehrheit erhalten und so war der SLH gezwungen, einer Vertagung zuzustimmen.

VDS-Mitgliederversammlung – 2. Teil: 26.4. – 30.4.1974

26.4.1974

Eingeladen für 14.00 Uhr, vorsichtshalber um 16.00 Uhr erst gekommen und trotzdem zu früh: Denn es begann um 18.00 Uhr mit einem erneuten Schlagabtausch der an den Mausechelen beteiligten Gruppen und es endete auch schon um 18.30 Uhr.

27.4.1974

Es war auf 9.00 Uhr vertag worden, aber es begann erst um 16.00 Uhr, mit dem überlichen Schlagabtausch, es durften alle einmal reden und um 19.00 Uhr war es noch einmal vorbei.

28.4.1974

Nachmittags kurzer Schlagabtausch (s.o.), Vorlage verschiedener Kompromißpapiere. Dann Schluß, Vertagung auf 22.00 Uhr.

29.4.1974

Um 4.30 Uhr morgens ist es passiert: Ein Aktionsprogramm ist da, vorgelegt von Jusos, LHV, MSB, SHB. Inhaltlich der reine Schwachsinn, wird aber verabschiedet. Anschließend wieder Pause.

30.4.1974

Im Schnellverfahren wird der Haushaltsplan verabschiedet und der Vorstand gewählt.

5.3 Stellungnahme des SLH zum beschlossenen Aktionsprogramm

Am frühen Morgen des 29. April 1974 wurde von der VDS-Mitgliederversammlung als Aktionsprogramm ein Kompromißpapier von Juso-Hochschulgruppen, LHV, MSB Spartakus und SHB verabschiedet.

Für den Sozialliberalen Hochschulverband erklärte der Vorstand zur derzeitigen Lage im VDS:

1. Das Aktionsprogramm des VDS ist kein geeignetes Mittel, um die zentralen Aufgaben der Studentenpolitik, nämlich Verbesserung der Ausbildungsförderung, Verstärkung der Reformansätze im Hochschulrahmengesetz und Vorantreiben der inhaltlichen Studienreform, zu erreichen. Das verabschiedete Aktionsprogramm gibt nach Ansicht des SLH keine Anleitung für das Angehen dieser Probleme außer hohlen Phrasen, abgesehen davon wimmelt es von Widersprüchen und sachlichen Fehlern.

In seiner theoretischen Begründung kann das Papier nur als schwachsinnig bezeichnet werden, weil es den Versuch macht, gegensätzliche Positionen dadurch zu vereinheitlichen, daß man die Hauptschlagworte der Politik jedes beteiligten Verbandes zu inhaltslosen Sätzen zusammenkoppelt.

2. Die Inhaltslosigkeit des Aktionsprogrammes wird bei der zu erwartenden paritätischen Besetzung des VDS-Vorstandes zu einer Paralyse der Verbandsarbeit führen. Mit diesem Aktionsprogramm sind die fruchtlosen Streitigkeiten der jetzt schon 9 Tage dauernden 26. VDS-Mitgliederversammlung zum Inhalt der VDS-Politik im kommenden Jahr erhoben worden.
3. Das Verfahren, in dem das Aktionsprogramm verabschiedet wurde, empfindet der SLH als Unverschämtheit gegenüber den anwesenden Delegierten der deutschen Studentenschaften. Während der vier Tage des zweiten Teils der Mitgliederversammlung wurden von den Fraktionsspitzen der Mehrheitsgruppen allergnädigst insgesamt neun Stunden Plenardebatte zugelassen, von diesen neun Stunden war die Hälfte dann noch Bericht aus den Mausehelverhandlungen, die währenddessen in den Hinterzimmern geführt werden. Insbesondere der LHV wird sich fragen lassen müssen, inwieweit dieses Verfahren mit dem geübten Anspruch vereinbar ist, man betreibe emanzipatorische Politik zur Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft.
4. Die sich abzeichnende erneute längere Unterbrechung der Mitgliederversammlung, die den Geheimverhandlungen über die Vorstandszusammensetzung Zeit verschaffen soll, ist für den SLH untragbar. Nach 9 Tagen fruchtlosem Hickhack muß endlich die Sachdebatte um die Einzelanträge geführt werden.
5. Der SLH bedauert die Lähmung des Dachverbandes der deutschen Studentenschaften. Er erwartet allerdings von den Studentenparlamentswahlen des Sommersemesters eine weitere Stärkung der sozialliberalen Reformkräfte und sieht darin die einzige Chance, wieder zu einem handlungsfähigen VDS zu kommen.

5.4 Perspektive des VDS: Ein Jahr interner Knatsch

Zum Ausgang der 26. VDS-Mitgliederversammlung erklärte der Bundesvorstand des SLH:

1. Angesichts der vorprogrammierten Lähmung des VDS ist vom Ausgang der Mitgliederversammlung eigentlich nur zu begrüßen, daß dieses unwürdige Schauspiel überhaupt ein Ende gefunden hat.
2. Das herzliche Einvernehmen zwischen den Koalitionspartnern wird auch dadurch dokumentiert, daß noch zwei Stunden vor der gemeinsamen Vorstandswahl Rudolf Hartung (Juso-Hochschulgruppen) den Antrag stellte, die von SHB und Spartakus gestellten Vorstandsmitglieder im VDS abzuwählen.
3. Das verschrobene Demokratieverständnis der linken Gruppen wird auch dadurch sichtbar, daß den SLH-ASten kein Sitz im Zentralrat zugestanden wurde, obwohl sie 90.000 Studenten repräsentieren. Außerdem wurde ihnen nicht einmal gestattet, ihren Antrag zur Demokratisierung des VDS zu begründen. Alle anderen Anträge der liberalen ASten wurden nicht einmal behandelt. In diesem Zusammenhang wirkt es nicht einmal mehr komisch, daß es den Delegierten ausreichend erschien, den Haushalt des VDS in Höhe von fast 700.000 DM in 15 Sekunden zu beraten und zu verabschieden.
4. Besonders zu bedauern ist der Beschluß zum 25. Jahrestag des Grundgesetzes. Die Juso-Hochschulgruppen waren nicht einmal bereit, zusammen mit dem SLH die Presseerklärung des Juso-Bundesvorstands zum Grundgesetztag als Antrag zu verabschieden und sprachen sich gegen eine Aufnahme von Streikrecht und Mehrparteienprinzip in den Katalog unveräußerlicher Grundrechte aus. Stattdessen wurde mit den Juso-Stimmen ein Antrag nach dem Motto „25 Jahre Grundgesetz – 25 Jahre Verfassungsbruch“ beschlossen.
5. Der SLH-Bundesvorstand empfiehlt den angeblich so zahlreichen F.D.P.-Mitgliedern im LHV, erst das neue VDS-Aktionsprogramm und dann die Freiburger Thesen der F.D.P. zu lesen. Vielleicht haben sie dann ein sogenanntes „Aha-Erlebnis“.

5.5 Sängerkrieg und Skat

(Bericht von Kurt Reumann in der FAZ vom 30.4.74)

Statt der sonst üblichen politischen Losungen war auf der Vollversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften zu Häupten der Versammlungsleiter nur zu lesen: „Schmeißt Euren Dreck in die Säcke“. Dazu ein Spruchband mit der puritanischen Aufschrift „Verband Deutscher Studentenschaften“; weiß auf grün und nicht, wie sonst immer, weiß auf rot. Für diesen nüchternen Stil waren die Juso-Hochschulgruppen verantwortlich, die bereits Anfang März fünf Tage und fünf Nächte lang mit dem DKP-nahen Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) um die Macht im VDS gepokert hatten. Dabei handelte es sich freilich nicht um einen Versuch, den VDS auch liberalen Kräften zu öffnen. Vielmehr sollte das Machtmonopol von Spartakus und seinem Zwillingspartner SHB durch einen linken Pluralismus ersetzt werden, dessen Klammer eine antikapitalistische Politik wäre.

Der erste Nervenkrieg – von einem richtigen Krieg zwischen feindlichen Brüdern kann kaum die Rede sein – endete Anfang März ohne Ergebnis. In den folgenden Wochen verhandelten Juso-Hochschulgruppen und SHB über ein gemeinsames Aktionsprogramm. Als die auf Ende April vertagte Vollversammlung begann, schienen sie hinter verschlossenen Türen eine Einigung erzielt zu haben. Aber dann piff, so interpretierte es ein Kritiker von linksaußen, der Spartakus den SHB zurück. Die SHB-Strategie sind zwar SPD-Mitglieder, aber sie sitzen und stimmen mit dem Spartakus, und sie feuern auch ihre Klatschraketen zusammen mit den Spartakisten gegen die Juso-Hochschulgruppen ab. Der einzige Unterschied zwischen Spartakus und SHB besteht darin, daß Spartakus seine Parolen gelb auf rot, SHB seine Parolen rot auf gelb druckt.

Das Fingerhakeln zwischen den tonangebenden linken Gruppen ging also in Bonn auch auf der Vollversammlung an den letzten Apriltagen weiter – und zwar in den Hinterzimmern. Die Delegierten aus rund neunzig Allgemeinen Studentenausschüssen, die gut 500.000 Studenten vertraten, bildeten nur die Kulisse. Sie spielten im Plenum Skat oder Schiffeversenken, und nur manchmal spielten die Verhandlungsführer mit. Der Juso-Sprecher Schreiner erwies sich in einer „Denkpause“ auch beim Fußballspiel auf dem Rasen neben dem Tagungsgebäude als der Wendigste. Außerdem waren seine Schüsse genauso scharf wie seine Reden.

Spartakus-Vorsitzender Lehdorff kam erst einen Tag nach Verhandlungsbeginn aus Moskau – mit Recht: bis dahin hatte sich nichts getan. Spartakus-Geschäftsordnungsstrategie Thiee erwies sich auch als guter Kopfarbeiter, da er im Plenum einem Gegenspieler geschickt die Bälle zuköpfte. Nach zwei Tagen und einer Nacht klappten die ersten müden Statisten ihre Aktenordner mit unbehandelten Anträgen zu, und ein Journalist vom Fernsehen schlug ein Aktmagazin auf. Eine willkommene Abwechslung für die anti-kapitalistischen Kämpfer um ihn herum.

Auch eine Nacht später platzten nur die Würstchen, aber nicht die Geduld. Kurz nach 22 Uhr begann der Spartakus zu singen. Zuerst Kampflieder. „Auf, auf zum Kampf, zum Kampf sind wir geboren . . . Es steht ein Mann, ein Mann wie eine Eiche . . . Vielleicht ist er schon morgen eine Leiche . . .“ Dann wurde der Liberale Hochschulverband (LHV), von dem niemand weiß, warum er eigentlich den Namen liberal trägt, dazu aufgefordert, „Hoch auf dem gelben Wagen“ zu singen. Wenigstens das wäre eine Reverenz gegenüber dem FDP-Vorsitzenden Scheel. Pause. Schließlich stimmte der Spartakus das Lied an.

Die Sensation schien perfekt, als die Jusos einstimmten. Sollte sich eine Einigung anbahnen? Nein, die Jusos haben den Text umgedichtet. Er enthält Spitzen gegen den SHB. Spartakus bewies noch einmal seine Kompromißbereitschaft, als er nicht mit einem Lied auf die Jusos antwortete, sondern die „Chaoten“ auf's Korn nahm. „Zehn kleine Maolein . . .“, tönnten die DKP-nahen Marxisten, die die chaotischen Maoisten ebensowenig mögen wie die Jusos den Ring Christlich-Demokratischer Studenten. „Sieben kleine Maolein, die hatten 'nen Komplex, der eine las bei Lenin nach, da waren's nur noch sechs . . . Vier kleine Maolein, die gingen zum ersten Mai mal richtig unter Arbeiter, da waren's nur noch drei.“ Freilich leidet auch der Spartakus unter seiner Arbeiterferne. Als Spartakus endlich FDJ-Lieder anstimmte, sangen die Jusos „Humba, humba, täterä“ dazwischen.

Ein Purist verlangte übers Mikrofon, daß die Revisionisten endlich mit ihrer „Verarschung“ des VDS aufhören sollten. Aber er wird als ideologische Mumie abgekanzelt, und es geht weiter, jetzt mit Witzen. Die Jusos geben zum Besten: Nach einem Besuch von Breschnew beim Papst solle ein Abschlusskommuniqué formuliert werden. Im ersten Satz möchte der Papst stehen haben: „Gott erschuf die Welt“. Darüber werde verhandelt, verhandelt, verhandelt. Eine Denkpause folge der anderen – wie beim VDS. Endlich einigte man sich auf die Fassung: „Gott erschuf die Welt unter Anleitung des ZK der KPdSU“. So sollte freilich der „kleinste gemeinsame Nenner“, auf den sich die Jusos mit dem Spartakus endlich doch im Hinterzimmer einigten, um den VDS ein weiteres Jahr auf antikapitalistischen Kurs zu halten, nicht aussehen.

5.6 Zur Politik des VDS

Der Sozialliberale Hochschulverband hält einen starken Dachverband der deutschen Studentenschaften für unabdingbar notwendig. Seine Aufgabe muß es sein, auf Bundesebene die Interessen der Studenten gegenüber Bundesregierung und Bundestag, Parteien und Verbänden zu artikulieren. Gleichzeitig muß der Dachverband die Arbeit der einzelnen Studentenschaften koordinieren, mit Informationen untermauern und auf Schwerpunkte hinweisen.

Von den organisatorischen Gegebenheiten her ist nur der VDS in der Lage, ein solcher Dachverband zu sein. Allerdings ist er noch weit davon entfernt, die o.a. Aufgaben hinreichend zu erfüllen. Die Erfahrungen mit der ADS haben uns gezeigt, daß gegen den VDS kein Studentenschaftsverband aufrechterhalten werden kann.

Aufgabe des SLH in dieser Situation muß es daher sein, ausgehend von der Position, die er sich auf der 26. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS im Frühjahr 1974 erworben hatte, eine so starke Stellung einzunehmen, daß die Politik des VDS maßgeblich vom SLH bestimmt werden kann. Der SLH sieht allerdings keinen Sinn darin, nur um des Dabeiseins willen, ohne inhaltliche Positionen einbringen zu können, sich an der Verbandsspitze zu beteiligen.

Den derzeitigen Vorstand und die von ihm verantwortete VDS-Politik schätzt der SLH als schlechteste der denkbaren Möglichkeiten ein: Wegen der ideologischen Verfeindung der linken Gruppen ist eine konstruktive Arbeit im Interesse der Studenten nicht möglich. Anstelle dieser Aktivitäten treten gruppenegoistische Überlegungen:

Die Vertreter der Juso-Hochschulgruppen benutzen den Apparat des VDS, um ihren Verband organisatorisch zu konsolidieren, während die Spartakisten mit dem Namen des VDS ihr Renommee als Beteiligte am internationalen kommunistischen Welttourismus aufputzen.

Unsere Forderungen an den VDS sind daher:

1. Der VDS muß mehr Pluralismus in seinen Organen gewährleisten. Wer sich als „demokratischer Dachverband der Studenten“ ausgibt, darf nicht die Begründung und Behandlung der von den liberalen ASten gestellten Anträge statutenwidrig verhindern, der darf nicht die oppositionellen Kräfte aus dem Zentralrat fernhalten, der muß auch den liberalen Studenten Arbeitsmöglichkeiten im VDS bieten.
2. Der VDS muß seine perspektivlose Kampagnenpolitik einstellen: Bislang handelte der VDS-Vorstand nach dem Motto „jedes Semester ein neues Thema und das vorige ist vergessen“. Nur so konnte es Bundestag und Bundesregierung gelingen, trotz Sternmarsch und Sozialkampagne weitgehend unbemerkt die BAFöG-Novelle zu verabschieden. Zur ehrlichen Politik gehört es einfach, daß jedes Thema bis zum Ende verfolgt wird.
3. Die den VDS tragenden Gruppen müssen endlich aufhören, den VDS für ihre gruppeneigenen Ziele zu instrumentalisieren. Damit ist nicht gemeint, daß die sozialistischen Organisationen dem Sozialismus abswören sollen, sondern es geht konkret darum, die sachfremde Benutzung des VDS-Apparates durch Spartakus, SHB, Juso-Hochschulgruppen und LHV zu beenden.
4. Auch auf die Forderung nach einer Demokratisierung des VDS kann nicht verzichtet werden. Der Kuhlhandel um den Zentralratssitz der PH Münster zeigt wieder ganz deutlich, daß umgehend eine Verbandsstruktur geschaffen werden muß, die sich durch Repräsentativität und Kontrollierbarkeit auszeichnet.

5.7 Literatur

Handbuch der Studentenschaft, Herausgeber: Verband Deutscher Studentenschaft, Bonn, Loseblattsammlung

Sechs Punkte des VDS für ein demokratisches Hochschulgesetz, Rote Reihe 4, Verband Deutscher Studentenschaften, Bonn o.J. (1972)

24. o. Mitgliederversammlung, Dokumente, Rote Reihe 5, Bon o.J. (1972)

25. o. Mitgliederversammlung, Dokumente, Rote Reihe 6, Bonn 1973

26. o. Mitgliederversammlung, Dokumente, Rote Reihe 8, Bonn 1974

Zum 25. Jahrestag des Grundgesetzes, Rote Reihe 9, Verband Deutscher Studentenschaften, Bonn 1974

Dokumentation zum I. Teil der 26. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), Dokumentation des SLH, Band 2, Sozialliberaler Hochschulverband, Bonn 1974

Weyer, Hartmut, MSB Spartakus, Von der Studentischen Protestbewegung zum Klassenkampf, Seewald Stuttgart 1973.